

MINISTERRAT  
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK  
MINISTERIUM FÜR NATIONALE VERTEIDIGUNG  
Der Minister

Berlin, den 12. 10. 1988  
Tgb.-Nr.: A- 230 /88

Generalsekretär des Zentralkomitees der  
Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und  
Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates  
der Deutschen Demokratischen Republik

Genossen Erich Honecker

Einverstanden

gez. E. Honecker

12.10. 1988

Werter Genosse Honecker!

Entsprechend Deiner Aufgabenstellung gestatte ich mir, Dir die Entwürfe meiner Ausführungen auf der 22. Sitzung des Komitees der Verteidigungsminister der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in PRAG

- zum 1. Tagesordnungspunkt

"Zur Veröffentlichung von Angaben zur Stärke der Streitkräfte und den Hauptarten der Bewaffnung der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages und der Länder der NATO in Europa und den angrenzenden Seegebieten" sowie

- zu der außerhalb der Tagesordnung vorgesehenen Beratung

"Zur Problematik bestimmter Veränderungen im Mechanismus der politischen und militärischen Zusammenarbeit der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages"

vorzulegen.

Bei Deinem prinzipiellen Einverständnis würde ich diese Ausführungen auf der Sitzung des Komitees der Verteidigungsminister vortragen und bei den weiteren Diskussionen dazu entsprechend auftreten.

Über die Ergebnisse der Sitzung des Komitees der Verteidigungsminister würde ich Dir nach der Rückkehr aus PRAG unverzüglich Meldung erstatten.

Ich bitte um Kenntnisnahme, Bestätigung der Ausführungen bzw. Deine Weisung.

Mit sozialistischem Gruß

H. Keßler  
Armeegeneral

Generalsekretär des Zentralkomitees der  
Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und  
Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates  
der Deutschen Demokratischen Republik

Genossen Erich Honecker

Werter Genosse Honecker!

Mit Deiner Zustimmung habe ich

am Sonnabend, dem 08. 10. 1988,

den Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte der Teilnehmerstaaten des  
Warschauer Vertrages, Genossen Marschall der Sowjetunion Kulikow,  
auf seine Bitte hin im Ministerium für Nationale Verteidigung in STRAUSBERG  
zu einem Gespräch empfangen.

Genosse Marschall der Sowjetunion Kulikow informierte dabei aus-  
führlich über die auf der Grundlage der Beratung des Politischen Beratenden  
Ausschusses im Juli dieses Jahres in WARSCHAU vorgesehene turnusmäßige  
22. Sitzung des Komitees der Verteidigungsminister, die am 17. 10. und  
18. 10. 1988 in PRAG durchgeführt werden soll.

Er erläuterte eingehend die Position der sowjetischen Genossen zum ersten  
Tagesordnungspunkt dieser Sitzung

"Zur Veröffentlichung von Angaben zur Stärke der Streitkräfte  
und Hauptarten der Bewaffnung der Teilnehmerstaaten des  
Warschauer Vertrages und der Länder der NATO in Europa und  
den angrenzenden Seegebieten".

Die sowjetische Seite ist der Auffassung, daß in der gegenwärtigen Etappe  
eine Veröffentlichung der Zahlenangaben nicht erfolgen sollte.

Zugleich informierte der Oberkommandierende der Vereinten Streitkräfte  
darüber, daß außerhalb der Tagesordnung dieser Sitzung die Vorschläge der  
Sozialistischen Republik RUMÄNIEN zum Mechanismus der politischen und  
militärischen Zusammenarbeit im Rahmen des Warschauer Vertrages beraten  
werden sollen, damit die Verteidigungsminister nach Möglichkeit mit  
einheitlichen Auffassungen zur vorgesehenen gemeinsamen Sitzung des Komitees  
der Außenminister und des Komitees der Verteidigungsminister kommen.

In einem umfassenden Meinungsaustausch von 3 Stunden, der in einer offenen und kameradschaftlichen Atmosphäre erfolgte, wurden die beiderseitigen Standpunkte zu den anstehenden Fragen dargelegt.

Der Oberkommandierende der Vereinten Streitkräfte, Genosse Marschall der Sowjetunion K u l i k o w , bat mich, Dir seine besten Grüße und Wünsche zu übermitteln.

Als Anlage beigefügt gestatte ich mir, Dir den

"Wichtigsten Inhalt des Zusammentreffens des Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, Genossen Marschall der Sowjetunion K u l i k o w , mit dem Minister für Nationale Verteidigung der DDR, Genossen Armeegeneral K e ß l e r , am 08. 10. 1988"

vorzulegen.

Die sich daraus ergebenden Aufgaben bzw. Maßnahmen habe ich mir erlaubt, als Vorschläge dem Bericht beizufügen.

Aus meiner Sicht wäre es überlegenswert, diesen Bericht den Mitgliedern und Kandidaten des Politbüros des ZK der SED zur Kenntnis zu geben.

Die Entwürfe meiner Ausführungen

- zum Tagesordnungspunkt

"Zur Veröffentlichung von Angaben zur Stärke der Streitkräfte und Hauptarten der Bewaffnung der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages und der Länder der NATO in Europa und den angrenzenden Seegebieten" sowie

- zur zusätzlichen Beratung der rumänischen Vorschläge

würde ich mir erlauben, Dir am Donnerstag, dem 13. 10. 1988, zur Bestätigung vorzulegen.

Nach Rückkehr aus PRAG würde ich Dir über die Ergebnisse der Sitzung des Komitees der Verteidigungsminister sofort Meldung erstatten.

Ich bitte um Kenntnisnahme, Bestätigung der unterbreiteten Vorschläge bzw. um Deine Weisung.

Mit sozialistischem Gruß

*ges.* H. Keßler  
Armeegeneral

## Wichtigster Inhalt

des Zusammentreffens des Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte,  
Genossen Marschall der Sowjetunion K u l i k o w , mit dem  
Minister für Nationale Verteidigung der DDR,  
Genossen Armeegeneral K e ß l e r ,  
am 08. 10. 1988

---

Mit Zustimmung des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden  
des Nationalen Verteidigungsrates der DDR, Genossen Erich H o n e c k e r ,  
empfang der Minister für Nationale Verteidigung der DDR, Genosse Armeegeneral  
K e ß l e r ,

am Sonnabend, dem 08. 10. 1988,

den Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte der Teilnehmerstaaten des  
Warschauer Vertrages, Genossen Marschall der Sowjetunion K u l i k o w ,  
auf seine Bitte hin im Ministerium für Nationale Verteidigung in STRAUSBERG  
zu einem Gespräch.

I. Zu den einleitenden Ausführungen von Genossen Minister K e ß l e r

Nach der Begrüßung des Genossen Marschall der Sowjetunion K u l i k o w  
legte Genosse Minister K e ß l e r folgendes dar:

- Die beiderseitigen Zusammenkünfte schätzen wir stets sehr hoch ein,  
dienen sie doch dem gegenseitigen Erfahrungs- und Meinungs austausch  
zur gemeinsamen Lösung der anstehenden aktuellen Probleme und Aufgaben.
- Aus unserer Sicht ist das besonders in der gegenwärtigen militär-  
politischen Situation von Bedeutung, in der vor allem die Maßnahmen  
der weiteren schöpferischen Umsetzung unserer gemeinsamen Militär-  
doktrin und der Verwirklichung unserer Abrüstungsinitiativen im  
Mittelpunkt unserer Arbeit stehen.
- In diesem Zusammenhang ist es von hohem Wert, daß die führenden  
Repräsentanten der DDR und der UdSSR, die Genossen Erich H o n e c k e r  
und Michail G o r b a t s c h o w , erst kürzlich, am 28. und  
29. September dieses Jahres, in MOSKAU zu einem umfassenden Arbeits-  
treffen zusammen kamen.
- Genosse Erich H o n e c k e r hat in MOSKAU unsere einmütige  
solidarische Unterstützung für den Kurs des XXVII. Parteitages und der  
XIX. Parteikonferenz der KPdSU sowie für die Außenpolitik der UdSSR im  
Interesse der Festigung des Friedens und der allseitigen Vertiefung  
unserer Zusammenarbeit zum Ausdruck gebracht.

- Die Ergebnisse dieses freundschaftlichen Treffens zwischen Genossen Erich H o n e c k e r und Genossen Michail G o r b a t s c h o w haben weitreichende Bedeutung für das brüderliche Zusammenwirken zwischen der DDR und der Sowjetunion bis zum Jahr 2000 und darüber hinaus.
- Gerade zu diesem Zeitpunkt der Entwicklung des Weltsozialismus und der internationalen Politik sind sie außerordentlich wichtig für die Lösung der Aufgaben des sozialistischen Aufbaus in beiden Ländern, die Stärkung der sozialistischen Gemeinschaft und für die Festigung des Friedens.
- Die DDR leistet ihrerseits, bei ständiger Berücksichtigung der anhaltenden Kompliziertheit der internationalen Lage, einen aktiven Beitrag für unsere abgestimmte Außen- und Militärpolitik sowie für den Dialog mit allen interessierten Seiten.
- Genosse Minister K e ß l e r hob in diesem Zusammenhang hervor, daß er dazu in einem Artikel im Neuen Deutschland vom 09. August 1988 und einem Interview mit der BRD-Zeitung "Die Zeit" vom 29. September 1988 die Politik der SED erläutert hat.
- Es wurde eingeschätzt, daß sich die DDR weiterhin als stabiler sozialistischer Staat entwickelt.
- Der historische Prozeß tiefgreifender politischer, ökonomischer, sozialer und geistig-kultureller Wandlungen setzt sich bei uns in Erfüllung der Beschlüsse des XI. Parteitages der SED dynamisch fort. Dabei lösen wir viele komplizierte Probleme und überwinden auftretende Schwierigkeiten.
- Anlässlich des 39. Jahrestages der DDR am 07. Oktober wurden dazu von den Werktätigen unseres Landes vielfältige Höchstleistungen vollbracht, die zur Stärkung des Sozialismus und zur Erhöhung seiner Ausstrahlungskraft beitragen.
- Auch in der Nationalen Volksarmee wurde und wird alles getan, um entsprechend den Beschlüssen des XI. Parteitages der SED die gestellten politischen und militärischen Aufgaben mit möglichst hoher Qualität und Effektivität zu erfüllen.
- Das wurde am Nationalfeiertag der Deutschen Demokratischen Republik mit einer Ehrenparade der Nationalen Volksarmee in unserer Hauptstadt BERLIN überzeugend demonstriert.
- Wir betrachten es als unsere internationalistische Pflicht, die Kampfkraft und Gefechtsbereitschaft unserer Streitkräfte im engen Zusammenwirken mit den sowjetischen Waffenbrüdern und den anderen verbündeten Armeen auf dem erforderlichen Niveau zu halten.

- Es wurde unterstrichen, daß die für die Nationale Volksarmee sich aus der 38. Sitzung des Militärrates der Vereinten Streitkräfte in BUDAPEST ergebenden Schlußfolgerungen und Aufgaben in der weiteren Arbeit voll berücksichtigt werden.
- Wir begrüßen die bevorstehende 22. Sitzung des Komitees der Verteidigungsminister der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages am 17. und 18. Oktober 1988 in PRAG und sind bereit, dazu unseren aktiven Beitrag zu leisten.

II. Zu den Ausführungen von Marschall der Sowjetunion K u l i k o w

Der Oberkommandierende der Vereinten Streitkräfte, Genosse Marschall der Sowjetunion K u l i k o w , bedankte sich zu Beginn seiner Darlegungen für die herzliche Begrüßung, die Möglichkeit dieses kurzfristigen Zusammenkommens und die Information zur Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands sowie zur Lage in der Deutschen Demokratischen Republik. Er bat, dem Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates der DDR, Genossen Erich H o n e c k e r , seine besten Grüße und Wünsche zu übermitteln.

Im weiteren brachte er zum Ausdruck, daß das sowjetische Volk und die Angehörigen seiner Streitkräfte noch ganz unter dem Eindruck des freundschaftlichen Treffens der Genossen Michail G o r b a t s c h o w und Erich H o n e c k e r stehen, auf dem ein großer Kreis von beiderseitig bedeutsamen Fragen behandelt wurde.

Es dokumentierte erneut die sich ständig vertiefende Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der DDR.

Bei diesem Zusammentreffen unserer höchsten Repräsentanten wurden auch Fragen der Organisation des Warschauer Vertrages behandelt, was die Tätigkeit des Oberkommandierenden und des Stabes der Vereinten Streitkräfte unterstützt.

Die zielstrebige Politik der Partei- und Staatsführung der DDR stärkt die Position der Deutschen Demokratischen Republik als westlichster Vorposten des Sozialismus, was sich bei den Feierlichkeiten zum 39. Jahrestag der DDR erneut bestätigte.

Auf der 38. Sitzung des Militärrates der Vereinten Streitkräfte in BUDAPEST konnte sich das Vereinte Kommando insbesondere auf die positiven Ausbildungsergebnisse der Nationalen Volksarmee der DDR beziehen, die für die gesamten Vereinten Streitkräfte von Wert sind.

Als besonders bedeutsam wird eingeschätzt, daß die führenden Repräsentanten der DDR und der Nationalen Volksarmee das enge Zusammenwirken mit der Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland bei allen anstehenden Aufgaben hervorheben.

Marschall der Sowjetunion K u l i k o w führte zum Ziel und Zweck seines Aufenthaltes in der DDR aus, daß er im Auftrage des Ministers für Verteidigung der UdSSR, Genossen Armeegeneral J a s o w , die Aufgabe habe, die Dokumente zur Vorbereitung und Durchführung der 22. Sitzung des Komitees der Verteidigungsminister abzustimmen und die Meinung der sowjetischen Seite zu den Fragen darzulegen, die außerhalb der Tagesordnung dieser Sitzung behandelt werden sollen.

Zum vorgesehenen Tagesordnungspunkt der Sitzung des Komitees der Verteidigungsminister

"Zur Veröffentlichung von Angaben zur Stärke der Streitkräfte und den Hauptarten der Bewaffnung der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages und der Länder der NATO in Europa und den angrenzenden Seegebieten"

führte der Oberkommandierende der Vereinten Streitkräfte folgendes aus:

- Entsprechend dem Beschluß des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages vom 16. Juli 1988 wurde das Komitee der Verteidigungsminister beauftragt, die Frage der Veröffentlichung von Angaben zur Gesamtstärke der Streitkräfte und zur Anzahl der Hauptarten der Bewaffnung der Länder des Warschauer Vertrages und der NATO in Europa zu prüfen und zu entscheiden.
- Bei ihrer Entscheidung gingen die führenden Repräsentanten unserer Länder davon aus, daß sich eine offizielle Veröffentlichung der Angaben unsererseits günstig auf die Arbeit des Wiener Treffens zur Vereinbarung des Mandats für künftige Verhandlungen über die Verminderung konventioneller Rüstungen in Europa auswirken.
- Durch die Generalstäbe der verbündeten Armeen wurden dazu die erforderlichen Angaben vorbereitet und abgestimmt.
- Auf der Grundlage dieser Angaben war durch den Generalstab der Streitkräfte der UdSSR ein umfassender Vortrag für Genossen Minister J a s o w für das Komitee der Verteidigungsminister vorbereitet, in dem klar erläutert wurde, was veröffentlicht, wieviel Bewaffnung und Kampftechnik (z.B. Panzer und Geschütze) reduziert und was vernichtet werden soll.

- Nach der Vorlage der Dokumente im Zentralkomitee der KPdSU und im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR wurde entschieden, von einer Veröffentlichung der Zahlenangaben zum gegenwärtigen Zeitpunkt Abstand zu nehmen.
- Gegenwärtig hat sich die Lage verändert. Auf dem Wiener Treffen ist die Vereinbarung des Mandats für die neuen Verhandlungen in der Endphase. Ungelöst bleibt hauptsächlich die Frage, die den Gegenstand der Verhandlungen betrifft.
- Es geht hierbei um die Aufnahme der taktischen Angriffsfliegerkräfte in den Verhandlungsgegenstand und den Ausschluß der Jagdfliegerkräfte der Luftverteidigung und der Fliegerkräfte der Seestreitkräfte aus dem Verhandlungsgegenstand.
- Nach den gegenwärtigen Einschätzungen könnten die Verhandlungen über die Streitkräfte und konventionellen Rüstungen in Europa Ende dieses Jahres oder Anfang 1989 beginnen.
- Unter diesen Umständen ist eine einseitige Veröffentlichung von Angaben, die über den Rahmen des Verhandlungsgegenstandes hinausgehen, nicht zweckmäßig.  
Sie könnte den positiven Abschluß des Wiener Treffens behindern und der NATO einen Anlaß bieten, die Länder des Warschauer Vertrages zu beschuldigen, von der Übereinkunft zur Erarbeitung des Mandats der Verhandlungen abzugehen und deren Beginn hinauszuzögern.
- Die Frage der Veröffentlichung der Angaben bleibt jedoch auf der Tagesordnung, und aus sowjetischer Sicht wäre es zweckmäßig, darauf zu gegebener Zeit, nach Beginn der neuen Verhandlungen in WIEN, zurückzukommen. Dabei sollten die Generalstäbe der verbündeten Armeen im Zusammenhang mit möglichen organisatorischen Maßnahmen zur stärkeren Ausrichtung der Streitkräfte auf Verteidigungshandlungen weiter an der Präzisierung der Zahlenangaben arbeiten.
- In diesem Sinne wird der Minister für Verteidigung der UdSSR, Genosse Armeegeneral J a s o w , auf der Sitzung des Komitees der Verteidigungsminister mit einem einleitenden Vortrag auftreten. Dazu wurde ein entsprechender Beschluß vorbereitet.

Nach Abschluß der offiziellen Tagesordnung der Sitzung des Komitees der 2/6 Verteidigungsminister sollen jene Vorschläge behandelt werden, die seitens der Sozialistischen Republik RUMÄNIEN in Vorbereitung auf die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses im Juli dieses Jahres in WARSCHAU zum Mechanismus der politischen und militärischen Zusammenarbeit im Rahmen des Warschauer Vertrages in einem Schreiben an das Zentralkomitee der KPdSU aufgeworfen wurden.

Bei den nachfolgenden inoffiziellen Konsultationen zwischen dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR und dem Außenministerium der SRR stellte sich heraus, daß die rumänische Seite die im Schreiben dargelegten Vorschläge in dieser massiven Form nicht mehr vorgetragen hat, sondern nur im allgemeinen Sinne eine Verbesserung der Arbeit der Organisation des Warschauer Vertrages anstrebt, ohne jedoch konkrete eigene Vorschläge zu unterbreiten.

Bei Gesprächen von Genossen Minister J a s o w mit Verteidigungsministern der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages sowie während der Visite des Militärrates der Vereinten Streitkräfte beim Generalsekretär der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei und Vorsitzenden des Ministerrates der Ungarischen Volksrepublik, Genossen Karoly G r o s z , kam zum Tragen, daß allgemein keine Notwendigkeit gesehen wird, eine prinzipielle Veränderung des Mechanismus der politischen und militärischen Zusammenarbeit im Rahmen des Warschauer Vertrages vorzunehmen.

Das Zentralkomitee der KPdSU hält es jedoch für zweckmäßig, in den nächsten 2 - 3 Jahren an der weiteren Vervollkommnung der Tätigkeit der Organe des Warschauer Vertrages zu arbeiten.

Im weiteren legte Marschall der Sowjetunion K u l i k o w folgende Auffassungen der sowjetischen Seite dar:

- Die Praxis der Behandlung militärischer Fragen auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses sollte nicht verändert werden. Der Oberkommandierende der Vereinten Streitkräfte sollte wie bisher periodisch dem Politischen Beratenden Ausschuß über die Ergebnisse seiner Tätigkeit sowie den Zustand und die Entwicklung der Vereinten Streitkräfte berichten.
- Darüber hinaus wäre es möglich, auch Ausführungen der Verteidigungsminister der verbündeten Länder auf den Tagungen des Politischen Beratenden Ausschusses zu Fragen vorzusehen, die die Gefechtsbereitschaft ihrer Streitkräfte betreffen.

- Die fast 20jährigen Erfahrungen aus der Arbeit des Komitees der Verteidigungsminister bestätigen dessen Effektivität bei der Lösung eines breiten Kreises von Fragen, die mit der Vervollkommnung der Verteidigungsfähigkeit der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages und der Entwicklung der Vereinten Streitkräfte im Zusammenhang stehen.  
Der Bestand der Mitglieder des Komitees, der Modus der Einberufung seiner Sitzungen und das Prinzip der Rotation der Vorsitzführenden haben sich bewährt.
- Was den Vorschlag über die Reorganisation des Komitees der Verteidigungsminister zu einem Militärischen Verteidigungskomitee betrifft, an dem nicht nur die Verteidigungsminister teilnehmen, so kann dieser nicht annehmbar sein, da damit das im Rahmen der Organisation des Warschauer Vertrages entstandene Prinzip der kollektiven Entscheidungsfindung zum Aufbau der Vereinten Streitkräfte verletzt wird.
- Entsprechend den Grundsätzen über die Vereinten Streitkräfte und das Vereinte Kommando der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages wird der Oberkommandierende der Vereinten Streitkräfte auf Beschluß der Regierungen der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages aus den Reihen der Marschälle bzw. Generale eines beliebigen Staates ernannt. Die festgelegte Frist für die Ausübung der funktionellen Pflichten von 4 - 6 Jahren hat sich ebenfalls bewährt, da es nur in dieser Zeit möglich ist, sich die durch die Grundsätze übertragenen Pflichten vollständig anzueignen und umzusetzen.  
In der NATO wird der Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte Europa durch den Präsidenten der USA ernannt.
- Die Repräsentanz der verbündeten Länder im Vereinten Kommando, im Stab und in den anderen Führungsorganen des Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte könnte jedoch erweitert werden, wie zum Beispiel:
  - . Einführung der Dienststellung eines Ersten Stellvertreters des Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte sowie
  - . Besetzung der Dienststellung der Stellvertreter des Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte für Luftstreitkräfte und Seestreitkräfte.
- In den Bestand des Militärrates der Vereinten Streitkräfte könnten z. B. auch die Oberkommandierenden der Truppen der Westlichen und der Südwestlichen Richtungen aufgenommen werden.
- Die Funktionen des Technischen Komitees der Vereinten Streitkräfte könnten ebenfalls durch zusätzliche Aufgaben erweitert werden.

In diesem Sinne könnte die militärische Zusammenarbeit im Rahmen des Warschauer Vertrages durch eine Präzisierung der Grundsatzdokumente für die Tätigkeit der Vereinten Streitkräfte im Frieden und im Krieg vervollkommen werden.

Die Behandlung dieser Fragen auf der Prager Sitzung des Komitees der Verteidigungsminister würde zugleich der Auffassung entgegenwirken, daß anstehende Probleme und Fragen nicht offen dargelegt werden.

III. Zu den abschließenden Ausführungen von Genossen Minister K e ß l e r

Genosse Minister K e ß l e r bedankte sich für die ausführlichen Darlegungen des Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte, Genossen Marschall der Sowjetunion K u l i k o w , zur Tagesordnung der 22. Sitzung des Komitees der Verteidigungsminister und führte aus, daß er über die anstehenden Probleme dem Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates der DDR, Genossen Erich H o n e c k e r , Bericht erstatten wird.

Zur Frage der Veröffentlichung von Angaben zur Stärke der Streitkräfte und den Hauptarten der Bewaffnung der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages und der Länder der NATO in Europa und den angrenzenden Seegebieten legte er folgende prinzipielle Gedanken dar:

- Die Frage der Veröffentlichung von Angaben über die Streitkräfte ergab sich unmittelbar aus dem Appell der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages an die Mitgliedsstaaten der NATO und alle europäischen Länder zur Reduzierung der Streitkräfte und konventionellen Rüstungen in Europa; den der Politische Beratende Ausschub auf seiner Tagung im Juni 1986 in BUDAPEST beschlossen hat.
- Der Budapester Appell wurde in der Weltöffentlichkeit äußerst positiv aufgenommen und brachte die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in die politische Offensive.
- Da die NATO sich in die Defensive gedrängt sah, versuchte sie, diesen konstruktiven Vorschlag der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages mit dem Vorwand abzuwerten, daß der Warschauer Vertrag eine konventionelle Überlegenheit besitze, und in diesem Sinne die Weltöffentlichkeit zu manipulieren.
- Der Generalstab der Streitkräfte der UdSSR hat zu den demagogischen Behauptungen der NATO seinerseits Streitkräftevergleiche veröffentlicht, die beweisen, daß zwischen beiden Paktsystemen ein annähernd militärisches Gleichgewicht besteht.

- Im Ergebnis der Auseinandersetzungen zwischen der NATO und dem Warschauer Vertrag wurde angeregt durch die UdSSR der Vorschlag unterbreitet, gemeinsam mit der NATO einen Modus zu finden, nach dem die Angaben zu den Truppenstärken gegenseitig ausgetauscht werden können.
- Bei seinem Treffen mit dem amerikanischen Verteidigungsminister **C a r l u c c i** im März 1988 in BERN hat Genosse Minister **J a s o w** diese Frage aufgeworfen.  
Der Vorschlag zum Zahlenaustausch wurde jedoch durch die USA abgelehnt und zugleich die Forderung erhoben, nur Angaben zu Panzern und Artillerie auszutauschen und die Fliegerkräfte sowie die Seestreitkräfte aus der Diskussion auszuschließen.
- Diese Position halten die USA und die NATO bisher unverändert aufrecht und behaupten weiter eine konventionelle Überlegenheit des Warschauer Vertrages.
- Ausgehend von dieser Lage entstand der Vorschlag, die Streitkräftezahlen zu veröffentlichen, auch wenn die NATO dazu gegenwärtig nicht bereit ist.
- Die erforderlichen Angaben wurden erarbeitet und abgestimmt sowie den Partei- und Staatsführungen der verbündeten Länder zur Bestätigung vorgelegt.
- Auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses in WARSCHAU wurde dem Komitee der Verteidigungsminister die Aufgaben gestellt, die vorbereiteten Zahlenangaben zu gegebener Zeit zu veröffentlichen.
- Hinsichtlich der Erreichung des Mandats für die Verhandlungen über konventionelle Abrüstung in Europa auf dem Wiener KSZE-Folgetreffen erscheint die vorgetragene Argumentation, daß das Mandat an der Veröffentlichung der Streitkräftezahlen scheitern könnte, nicht überzeugend.
- In WIEN scheiterte bisher eine Übereinkunft vor allem an den Fragen der Menschenrechte.  
Es ist bekannt, daß es dazu auch zwischen den sozialistischen Staaten unterschiedliche Auffassungen gibt, zu denen schrittweise Übereinstimmung erzielt wird.
- Unabhängig davon, wie sich die Entwicklung auf dem Wiener KSZE-Folgetreffen vollzieht, die NATO wird weiterhin eine konventionelle Überlegenheit des Warschauer Vertrages behaupten.
- Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages werden deshalb in irgend einer Weise genötigt sein, diese Überlegenheitsbehauptungen der NATO zu widerlegen.

- Das kann sicherlich auf vielfältigem Wege erfolgen, so zum Beispiel **250**
  - indem jedes unserer verbündeten Länder darauf reagiert oder
  - durch gemeinsame Suche nach anderen Wegen für den Fall, daß von einer Veröffentlichung der Streitkräfteangaben Abstand genommen wird.
- Wichtig ist jedoch in jedem Fall, daß ein gemeinsames Herangehen an diese Frage gefunden wird, und nicht jedes Land sich unterschiedlich zur Problematik der Veröffentlichung verhält.
- Hinsichtlich der Frage der Einbeziehung der Jagdfliegerkräfte und der Fliegerkräfte der Seestreitkräfte in den Gegenstand der Verhandlungen über konventionelle Abrüstung ist offensichtlich dieses Problem mit einer Nichtveröffentlichung der Zahlenangaben über die Streitkräfte nicht aus dem Wege zu schaffen.
- Die DDR wird auf der Grundlage der Beschlüsse des XI. Parteitagés der SED auch weiterhin einen aktiven Beitrag zur Dialogpolitik leisten.

Zu den rumänischen Vorschlägen zu bestimmten Veränderungen im Mechanismus der politischen und militärischen Zusammenarbeit der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, die außerhalb der offiziellen Sitzung des Komitees der Verteidigungsminister behandelt werden sollen, legte Genosse Minister **K é B l e r** folgenden Standpunkt dar:

- Es sollte bei der Behandlung rumänischer Vorschläge auf der Sitzung des Komitees der Verteidigungsminister eine sachliche Atmosphäre geschaffen werden, um die bestehenden Probleme nicht zuzuspitzen. Alle Standpunkte sollten sachlich und kameradschaftlich ausgetauscht werden.
  - Hinsichtlich der durch Marschall der Sowjetunion **K u l i k o w** dargelegten Veränderungen in der Haltung der rumänischen Seite zu ihren Vorschlägen in dem Sinne, daß sie sie nur noch in allgemeiner Form vertritt, so sind sie uns nicht bekannt.
  - Bei der Diskussion der Vorschläge sollte darüber hinaus nicht vordergründig mit der Struktur und der personellen Besetzung der Organe der NATO argumentiert werden.
  - Es gibt zwischen der NATO und der Organisation des Warschauer Vertrages prinzipielle Unterschiede, während die NATO das Ziel hat, den Sozialismus zu beseitigen, verfolgt der Warschauer Vertrag das Ziel, Frieden und Sozialismus zu verteidigen.
- Insgesamt muß man einschätzen, daß die Hauptfragen in der NATO durch die USA entschieden werden, obgleich es zu einzelnen Problemen Meinungsverschiedenheiten gibt, darunter auch mit der BRD.

- Hinsichtlich bestimmter Veränderungen in der Arbeitsweise der Organisation des Warschauer Vertrages muß davon ausgegangen werden, daß jeder Staat das Recht hat, herangereifte Fragen aufzuwerfen, darunter auch die Sozialistische Republik RUMÄNIEN.
- Insgesamt gesehen sind die rumänischen Vorschläge kein gangbarer Weg für eine Vervollkommnung der Tätigkeit des Warschauer Vertrages. Eine Trennung der politischen und militärischen Seite in der Arbeit der Organisation des Warschauer Vertrages ist aus unserer Sicht nicht möglich, da alle militärischen Fragen zugleich politischer Natur sind und nur auf der Grundlage der Beschlüsse der politischen Führung realisiert werden.
- Wir gehen stets davon aus, daß die Sowjetarmee im Warschauer Vertrag die Hauptkraft war, ist und bleibt. Das hat sowohl politisches und moralisches Gewicht als auch eine praktische Seite. Es ergibt sich daraus die Notwendigkeit, daß der Oberkommandierende und der Chef des Stabes der Vereinten Streitkräfte immer aus den Reihen der Sowjetarmee kommen sollte. Daran kann sich auch in der weiteren Perspektive nichts ändern, da gegenwärtig der Anteil der Sowjetarmee am Bestand der Vereinten Streitkräfte etwa 70 Prozent beträgt.
- Sicherlich besteht die Notwendigkeit, daß auf einzelnen Gebieten der Mechanismus und die Arbeitsmethoden der Vereinten Streitkräfte weiterentwickelt werden müssen. Grundsätzlich sollte sich die Qualität der Arbeit der Führungsorgane des Warschauer Vertrages verbessern.
- Wir halten die vorgesehene Verfahrensweise, daß der Vorsitzende des Komitees der Verteidigungsminister, Genosse Minister V a c l a v i k , zu den rumänischen Vorschlägen die Initiative ergreift, für zweckmäßig. Wir werden auch zu dieser Frage unseren konstruktiven Beitrag leisten.
- Abschließend wurde unterstrichen, daß zu den beiden anstehenden Problemen
  - . Nichtveröffentlichung der Zahlenangaben sowie
  - . Stellungnahme zu den rumänischen Vorschlägen

dem Genossen Erich H o n e c k e r sofort Meldung erstattet wird. Die von ihm getroffenen Entscheidungen werden bis spätestens Mittwoch, dem 12. 10. 1988, Genossen Marschall der Sowjetunion K u l i k o w telefonisch übermittelt.

IV. Vorschläge im Ergebnis des Meinungsaustausches

Ausgehend von dem Meinungsaustausch des Ministers für Nationale Verteidigung der DDR mit dem Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte, werden folgende Vorschläge unterbreitet:

Dem Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates der DDR, Genossen Erich H o n e c k e r , wird empfohlen, seine Zustimmung zu geben, daß

1. gegenwärtig von einer Veröffentlichung von Gesamtangaben über die vergleichsweise Stärke der Streitkräfte und Hauptarten der Bewaffnung der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages und der Länder der NATO in Europa und den angrenzenden Seegebieten Abstand genommen und zu dieser Frage zu gegebener Zeit nach Beginn der Verhandlungen über die Verminderung der Streitkräfte und Rüstungen in Europa vom Atlantik bis zum Ural zurückgekommen wird
2. die Verteidigungsministerien und das Vereinte Kommando die Arbeit zur Präzisierung der vorbereiteten Zahlenangaben über die Stärke der Streitkräfte und die Anzahl der Hauptarten der Bewaffnung der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages unter Berücksichtigung möglicher Veränderungen in den Streitkräften der verbündeten Länder fortsetzen werden
3. außerhalb der Tagesordnung der 22. Sitzung des Komitees der Verteidigungsminister zu den rumänischen Vorschlägen zum Mechanismus der politischen und militärischen Zusammenarbeit im Rahmen des Warschauer Vertrages die Meinungen ausgetauscht werden und dabei weitestgehend der Standpunkt der sowjetischen Seite unterstützt wird
4. der Minister für Nationale Verteidigung der DDR, Genosse Armeegeneral K e ß l e r , entsprechend diesen Empfehlungen auf der 22. Sitzung des Komitees der Verteidigungsminister auftritt und die Entwürfe seiner Ausführungen bis zum 13. 10. 1988 dem Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates der DDR, Genossen Erich H o n e c k e r , zur Bestätigung vorlegt.

Der Minister für Nationale Verteidigung der DDR, Genosse Armeegeneral K e ß l e r , hat nach Rückkehr von der Sitzung des Komitees der Verteidigungsminister über die Ergebnisse der Beratungen Genossen Erich H o n e c k e r Bericht zu erstatten und Vorschläge für unser weiteres Vorgehen zu diesen beiden Fragen zu unterbreiten.